



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 17. Mai 2024 |

Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

auf dem CDU-Bundesparteitag in der vergangenen Woche rief Friedrich Merz in seiner vielbeachteten Rede zu einem Klima des guten Miteinanders, der Mitmenschlichkeit, zu Respekt und Rücksichtnahme auf. „Die Wirklichkeit in unserem Land sieht leider in vielerlei Hinsicht anders aus“, bemerkte Merz sodann. Ich teile seine Analyse, dass Intoleranz, Hass und Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft zunehmen. Es gibt allein in den vergangenen Wochen zahlreiche Beispiele von Angriffen auf unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie insgesamt, denen wir uns entschieden und ohne jeden Zweifel entgegenstellen müssen. Ganz gleich, wen es trifft: Ob die Vize-Präsidentin des Bundestages, Katrin Göring-Eckhard, den SPD-Europakandidaten Matthias Ecke oder Wahlhelfer beim Plakatekleben: Als Demokrat stehe ich an der Seite von Demokraten gegen jene, die sich über das staatliche Gewaltmonopol hinwegsetzen, andere bedrohen und körperlich angreifen. Der Geist unseres Grundgesetzes ist von Menschenwürde, Meinungsfreiheit, bürgerlicher Friedenspflicht und demokratischer Rechtsstaatlichkeit geprägt. Überall dort, wo die AfD

wahlweise im Auftrage von Russland oder China zu Hass und Gewalt aufstachelt, müssen wir sichtbar sein und für die Wertordnung unserer nunmehr 75-jährigen Verfassung mit Selbstbewusstsein eintreten und Haltung zeigen. Die innere Bedrohung in unserem Land hat viele Gesichter. Der Rechtsextremismus und der Linksextremismus haben die Integrität unserer Verfassung schon seit Bestehen der Bundesrepublik herausgefordert. Als jüngere Erscheinung, aber nunmehr in besorgniserregender Dimension hat auch sich der Islamismus bzw. der politische Islam als Bedrohungskategorie unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung etabliert. In Hamburg haben wir Demonstrationen von Islamisten erlebt, auf denen - aufgestachelt von den gehirnwäscheartigen Manipulationen durch salafistische Tik-Tok-Influencer – die Ausrufung des Kalifats gefordert wurde. Die Politik kann dies nicht als vernachlässigbare Minderheitsströmung abtun und muss nach meiner festen Überzeugung auch hier Flagge zeigen. Darum haben wir das mit unserem Antrag in dieser Woche zum Thema gemacht.

Herzliche Grüße

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Koalitionsstreit zum Bundeshaushalt
- Krankenhausreform von Karl Lauterbach übergeht die Länder und Kommunen
- Islamisten als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie bekämpfen
- Gute Nachricht der Woche: 75 Jahre NATO

Koalitionsstreit zum Bundeshaushalt

Die Haushaltssituation des Bundes ist dramatisch. Bereits vor den Haushaltsanmeldungen der Ressorts klaffte im Etat 2025 eine Lücke von 25 Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese noch größer geworden, denn statt – wie von Bundesfinanzminister Lindner erbeten – Einsparvorschläge zu unterbreiten, haben allein das Bundesentwicklungsministerium sowie das Auswärtige Amt jeweils mehr als 2 Mrd. Euro „Mehrbedarf“ angemeldet. Zusätzlich wären für eine echte Wirtschaftswende milliardenschwere Entlastungen erforderlich.

Standpunkt: Die Bundesregierung hat keinen Plan, wie die bestehende Haushaltslücke geschlossen werden soll. Ein öffentlicher Streit zwischen den Ampelpartnern ist die Folge, und das Bundesfinanzministerium blockiert angesichts der Mehrforderungen aus den Ressorts die Kabinettbefassung des sogenannten „Rentenpakets II“. Die Ampel-Koalition zeigt erneut ihre Unfähigkeit zur Erarbeitung tragfähiger Lösungen für die Staatsfinanzen. Der öffentliche Streit um den Bundeshaushalt 2025 wird einem verantwortungsvollen Regierungshandeln nicht gerecht. Dazu gehört auch: Die Menschen in Deutschland müssen sich darauf verlassen können, dass die Rente finanziell langfristig gesichert ist. Mit der Ampel ist die Rente nicht sicher. Entscheidend ist jetzt, eine nachhaltige Lösung für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Finanzplanung bis 2028 zu finden und der Rentenversicherung eine langfristige Sicherheit zu verschaffen. •

Krankenhausreform: Ein gesundheitspolitisches Foulspiel.

Überlastung des Personals, Investitionsstau und akute Finanznöte sind Alltag in vielen Kliniken. Dazu kommt, dass die stationäre Belegung seit der Pandemie zurückgegangen ist. Daher besteht zwischen Bund und Ländern grundsätzlich Einigkeit, dass gesundheitspolitischer Reformbedarf besteht. Den jetzt gewählten Weg der Bundesregierung ist hingegen eine Umgehung der Bundesländer und brüskiert die Krankenhauslandschaft sowie Patienten gleichermaßen. **Standpunkt:** Deutschland hat im internationalen Vergleich eine Krankenhausstruktur, die sowohl High-Tech-Medizin als auch eine gut erreichbare Versorgung vor Ort für alle Patienten sicherstellt. Diese Struktur gilt es vor dem Hintergrund des medizinisch-technischen Fortschritts, der demografisch-ökonomischen Rahmenbedingungen und des zunehmenden Fachkräftemangels weiterzuentwickeln und zukunftsfest zu gestalten. Dabei ist es besonders wichtig, eine flächendeckende, gut erreichbare Grund- und Notfallversorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen. Diese wichtige Reform kann nicht durch einen Alleingang des Bundes gelingen. Sie muss unter Wahrung der verfassungsrechtlich verankerten Kompetenzverteilung in enger Abstimmung und in Kooperation mit allen Beteiligten in Bund und Ländern sowie vor Ort vereinbart und umgesetzt werden. Konzepte, die am Reißbrett erarbeitet wurden und die Beteiligten vor Ort nicht in den Diskussionsprozess einbeziehen, werden nicht funktionieren. •

Islamisten als Gefahr für unsere freiheitliche Demokratie bekämpfen.

Islamisten skandieren auf deutschen Straßen Forderungen nach einem islamischen Gottesstaat und der Einführung der Scharia. Ende April zogen über 1.000 Demonstranten unter dem Motto „Das Kalifat ist die Lösung“ durch Hamburg. Am vergangenen Wochenende gab es erneut Kundgebungen mit etwa 2.000 Teilnehmern. Diese Extremisten und ihre Anhänger sind eine Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die Forderung nach Errichtung eines islamistischen Terrorstaats ist dennoch bei uns bisher nicht strafbar – anders als etwa in Österreich. **Standpunkt:** *Der Rechtsstaat muss auf die wachsende Bedrohung durch den politischen Islam reagieren. Allerdings ergreift die von der SPD geführte Bundesregierung keine wirksamen Maßnahmen gegen diese Umtriebe auf deutschen Straßen. Wir stehen für die entschlossene Verteidigung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Werte. Zukünftig soll es strafbar sein, öffentlich die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines Gottesstaates zu fordern. Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, die solche extremistischen Positionen unterstützen, sollen ihre deutsche Staatsangehörigkeit verlieren. Das sogenannte „Islamische Zentrum“ in Hamburg, eine Außenstelle des iranischen Regimes, muss sofort geschlossen werden. Der Staat muss ein klares Signal senden: Für Extremisten ist in Deutschland kein Platz.* •

Treffen mit thailändischer Parlamentarierdelegation.

Es war mir eine große Freude, gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Röttgen den Vorsitzenden der Move Forward Party, Pita Limjaroenrat, und andere Abgeordnete aus Thailand in diese Woche im Bundestag zu treffen.



Als Parlamentarier sind wir zutiefst besorgt um unsere Kollegin Chonthicha Jangrew, die mit 28 Anklagen und einer möglichen mehrjährigen Gefängnisstrafe konfrontiert ist, weil sie angeblich die Monarchie durch Kritik an den Gesetzen verleumdet hat. Ihr Fall ist nicht der einzige.

Überall in Thailand versuchen die staatlichen Behörden, politische Gegner zu unterdrücken und verletzen grundlegende Bürgerrechte. Die freie Meinungsäußerung ohne Angst vor Verfolgung ist für uns eine Selbstverständlichkeit, ohne die Deutschland keine Demokratie wäre.

Als Mitglieder einer politischen Partei und Bürger eines demokratischen Staates sind wir besorgt über die laufenden Bestrebungen, die Move Forward Party (MFP), die 2023 die meisten Stimmen erhielt, aufzulösen. Eine Auflösung der MFP würde die Versammlungsfreiheit der Bürger verletzen und Millionen von Menschen entmündigen.

Wir hoffen, dass der Justizapparat unabhängig bleibt, das demokratische Prinzip der Gewaltenteilung respektiert und einen fairen Prozess führt, der dem Geist der Demokratie entspricht. Eine glaubwürdige Opposition ist ein wesentlicher Bestandteil der Demokratie und der positiven Beziehungen Thailands zur EU.

Wir sind entschlossen, die Beziehungen zwischen Thailand und Deutschland in verschiedenen Bereichen, einschließlich der Regierung, des Parlaments und des Privatsektors zu verbessern, sowie die tiefe Verbundenheit zwischen unseren Bevölkerungen zu pflegen. •

Sichere Zonen für die Menschen in Gaza.

Am Rande der heutigen Plenarsitzung hatte ich die Gelegenheit mit Joseph Braude und Ahed al-Hindi vom Center for Peace Communications über die anhaltend dramatische Lage in Gaza ins Gespräch zu kommen.

Bekannt ist die Nichtregierungsorganisation für ihr Programm „Whispered in Gaza“. Hier geben sie Zivilisten in dem von der Terrorgruppe Hamas beherrschten Küstenstreifen die Möglichkeit, ungefiltert über die brutale Repression des dortigen Regimes zu berichten.

Abgesehen von der Militäroffensive Israels, die in Reaktion auf den brutalen Angriff palästinensischer Terrorgruppen am 07. Oktober 2024 immer noch andauert und die Zivilbevölkerung im Gazastreifen in enorme Bedrängnis bringt, hoffen viele auf die kurzfristige Einrichtung von sicheren Zonen in Gaza.

Diese sollen den Menschen in Gaza zuverlässigen Schutz vor den kriegerischen Auseinandersetzungen bieten, allerdings Terroristen der Hamas keinen Einlass gewähren. Hier müsste einerseits Israel die nötigen Voraussetzungen schaffen, andererseits wären auch die moderaten arabischen Staaten in der Verantwortung.



Besonders bewegend fand ich das Telefonat mit einem in Khan Yunis (Gaza) festsitzenden Aktivist, der mir von der dramatischen Lage vor Ort, aber auch von seinen Hoffnungen auf eine Zukunft ohne Hamas-Terrorherrschaft.

Vielen Dank an das Nahost Friedensforum für die Ermöglichung des Gesprächs. •

Tatkräftige Unterstützung für mein Büro.



In der vergangenen Woche wurde mein Berliner Büro tatkräftig durch zwei Schülerpraktikanten aus meinem Wahlkreis unterstützt. Hannah und Moritz – beide aus Friedrichsdorf – konnten einen spannenden Blick hinter die Kulissen des Hauptstadtbetriebs werfen und sich an vielen Stellen auch in die praktische Büroarbeit einbringen

Vielen Dank für Euren Support und alles Gute für Euren weiteren Lebensweg!

Die gute Nachricht der Woche 75 Jahre NATO.

Die Nato gründete sich vor 75 Jahren, um Krieg mit dem Versprechen des Schutzes und der Verteidigung gegen militärische Angriffe. Dies geschah im Kontext und vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation zwischen Ost und West. Heute ist die Nato an ihren Grenzen durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besonders zur Wachsamkeit und Enthaltung ihres Abschreckungspotenzials gefordert. Die Bundestagspräsidentin forderte zurecht, dass es auf die Einigkeit und Abschreckungsfähigkeit der Nato in besonderem Maße ankommt. Das Jubiläum ist ein würdiger Anlass, um den beteiligten Soldatinnen und Soldaten Dank, Respekt und Anerkennung auszusprechen – für die Sicherheit des Bündnisses und die Verteidigung unserer Freiheit gleichermaßen!

•